

Diese Wochenschrift
erscheint wöchentlich Mittwochs Vormittag
in einem Bogen in der Buchdruckerei der
Gebr. Scharf für den vierteljähr. Pränu-
merationspreis von 8 Sgr.



Ämtliche und Privat-Anzeigen
für den Boten werden gegen 1 Sgr. für
die breitgedruckte Zeile in gewönl. Schrift
(größere Schrift und Einfassungen verhältniß-
mäßig mehr berechnet) bis spätestens Dienstag
früh 9 Uhr erbeten.

Der Sächsischer Bote.

Eine unterhaltende und belehrende Wochenschrift
für Stadt und Land.

N^o. 11.

Mittwoch, den 14. März

1866.

Se. Majestät der König hielt am 8. März eine Kabinetts-Berathung ab, an welcher außer den Räten der Krone auch Se. Königliche Hoheit der Kronprinz, sowie der Gouverneur von Schleswig, Freiherr von Manteuffel, der preussische Botschafter am französischen Hofe, Graf von der Goltz, und der Chef des Generalstabes der Armee, General von Moltke, Theil nahmen.

Auch an den folgenden Tagen hatte Se. Majestät noch wiederholte Berathungen mit mehreren der Genannten. — General von Manteuffel und Graf Goltz sind inzwischen bereits auf ihre beiderseitigen Posten zurückgekehrt.

Aus der Theilnahme derselben an den erwähnten Berathungen konnte entnommen werden, daß diese sich auf die Schleswig-Holsteinischen Angelegenheiten bezogen hatten. Hieraus ist eine Fülle von Gerüchten über die von der Regierung des Königs angeblich gefaßten Beschlüsse entstanden. Einerseits wurde behauptet, die Regierung habe beschlossen, den Antrag an Oesterreich zu richten, daß auch Holstein vorbehaltlich des österreichischen Mitbesitzes der alleinigen Verwaltung Preußens überlassen werde — andererseits wollte man wissen, daß unsere Regierung für jetzt von jedem weiteren Vorgehen in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit Abstand genommen habe. — Alle derartigen Gerüchte, so viele ihrer bisher an den Tag getreten, beruhen jedoch durchweg auf willkürlicher Vermuthung.

Berlin, 10. März. Von der pariser Botschaft treffen täglich Depeschen ein. Nach der „Börsen-Ztg.“ wird nächste Woche die Herabsetzung des Disconto's der hiesigen Bank erwartet.

Berlin, 10. März. Die „Nordd. A. Zeitg.“ anknüpfend an die falschen Deutungen, welche ihre Notiz über die bevorstehende Mobilmachung der berliner Landwehr erfahren, sieht die Möglichkeit eines österreichisch-preussischen Krieges als fernliegend u. absurd an; Oesterreich war unser Allirter, doch ist es ein weiter Schritt vom Aufgeben der Allianz bis zum Kriege. Man führt heute keine Kabinettskriege mehr, sondern nur, wenn große Nationalinteressen im Spiele sind. Wenn die Herzogthümerfrage, auch nachdem Schleswig-Holstein deutsch geworden, noch die Gemüther beunruhigt, so liegt der Grund in der gegenwärtigen Handhabung der Bundesverfassung, welche jeden Augenblick die Intervention des Auslandes herbeizurufen droht. Der Tod des Königs von Dänemark und der Ausbruch des Krieges brachen die Bundesreformfrage im Augenblick ab, da Preußen seine Ansichten über den Gegenstand klar und präcis entwickelt hatte. Der Krieg und die ihn begleitenden nachfolgenden Umstände bewiesen wiederum wie nothwendig es ist, die Aufmerksamkeit Deutschlands der Austragung dieser Frage zuzuwenden.

Nach einem Rescript des Herrn Ministers des Innern ist angeordnet worden, daß Personen, welche im Interesse der öffentlichen Sicherheit zur polizeilichen Vernehmung vorgeladen werden, ebenso wie bei gerichtlichen Vernehmungen Gebühren erhalten sollen. Es erscheint dies um so zweckmäßiger, als sich bisher sehr Viele durch den Empfang polizeilicher Vorladungen genirt gefühlt haben und in Rücksicht darauf so manche Anzeige unterblieben ist, welche im Interesse der öffentlichen Sicherheit hätte geschehen müssen.